

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtabonnementsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seiger Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7205.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Rechtzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 47.

Sonnabend, den 18. November 1916.

20. Jahrgang.

An unsere Mitglieder.

Verbandsauschuß und Vorstand haben beschlossen, den zum Seeresdienst Eingezogenen zu Weich-
schaften eine Unterstützung zu gewähren. Eine gleiche
Unterstützung erhalten die arbeitslosen Kollegen nach den
unter Abf. 4 und 5 angeführten Bestimmungen.

Die Beschlüsse lauten folgendermaßen:

1. Alle zum Seeresdienst eingezogenen Mitglieder erhalten eine einmalige Unterstützung; die Verheirateten 8 Mk. und die Ledigen 5 Mk.
2. Bedingung ist, daß die zum Seeresdienst Eingezogenen vor ihrer Einziehung ein Jahr organisiert waren und 52 Beiträge geleistet haben. Es scheiden also alle Kollegen von der Unterstützung aus, wenn sie noch keine 52 Beiträge geleistet haben. Ebenfalls die Kollegen, die als gefallen gemeldet sind.
3. Mitglieder, welche vom Seeresdienst beurlaubt waren, in Arbeit gefanden und während dieser Zeit keine Beiträge geleistet haben, scheiden von der Unterstützung aus.
4. Arbeitslose Mitglieder erhalten, wenn sie in der Zeit vom 1. bis 16. Dezember zwei Wochen arbeitslos waren, ebenfalls eine einmalige Unterstützung; die Verheirateten 8 Mk., die Ledigen 5 Mk.
5. Zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung sind nur diejenigen Mitglieder berechtigt, welche seit 1. Dezember 1915 organisiert sind und 52 Beiträge geleistet haben.
6. Wer über 8 Wochen mit seinen Beiträgen rückständig ist, scheidet von jeder Unterstützung aus.
7. Die Auszahlung der Unterstützung findet am Sonnabend, dem 16. Dezember statt.

Die Auszahlungslisten werden den Zahlstellen rechtzeitig zugelandt.

Von den Ortsverwaltungen erwarten wir, daß die Sache korrekt durchgeführt wird. Die Empfänger und Empfängerinnen haben eigenhändig auf der Liste zu quittieren. Die Angehörigen der eingezogenen Mitglieder sind rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

Der Verbandsauschuß. Der Vorstand.

Die Gewerkschaften nach dem Kriege.

Ist es nicht etwas gewagt angesichts des immer noch hin- und herwogenden Weltkrieges, dessen Ende noch gar nicht abzusehen ist, sich schon jetzt über die Tätigkeit unserer Gewerkschaften nach dem Kriege zu unterhalten? Wir wagen diese Frage getroßt mit „nein“ zu beantworten. Denn einmal haben wir als Arbeiter wenig Einfluß auf den Ablauf des Krieges; genau wie uns im August 1914 der Krieg wie ein Blitz aus heiterem Friedenshimmel überfiel und vor die harte Tatsache des Kriegszustandes stellte, ebenso plötzlich kann uns der Friede überraschen. Ueber Krieg und Frieden bestimmen heute leider andere Faktoren als die Völker selbst; das hohe Maß der Verantwortung tragen in dieser Beziehung die Regierungen. Angesichts dieser Tatsache und angesichts des weiteren Umstandes, daß die Ueberführung von der Kriegs- zur Friedensarbeit und unsere proletarische wirtschaftliche Zukunft eines der wichtigsten Probleme für unsere Gewerkschaften darstellt, ist es sehr wohl angebracht, sich in zusammenfassender Weise über diese Materie schon jetzt zu unterhalten; es darf nicht sein, daß uns der Friede unvorbereitet überfällt.

Wir erinnern uns noch sehr wohl des Zustandes, in dem unsere Gewerkschaften sich vor dem Kriegsausbruch befanden. In Vorbereitung war ein Kampfbund um das Koalitionsrecht der Arbeiter. Der Münchner Gewerkschaftstongreß hatte in unabweisbarer Weise gegen die Nadelstichpolitik der Polizei- und Regierungsbureaucratie Stellung genommen. Wir wußten, daß unser Koalitionsrecht in schwerer Gefahr war und rüsteten gegen die Schläge, die dem Bestehen der Gewerkschaften drohten. Da brach der Krieg aus. Die beengenden Beschränkungen gegen eine Anzahl Gewerkschaften wurden aufgehoben, die Gewerkschaften als gemeinnützige und gleichberechtigte Faktoren anerkannt. Aber eine andere Sorge trat jetzt an uns heran: Es galt nunmehr der Erhaltung und Sicherung des Organisationsbestandes. Die Gewerkschaftsvorstände schnitten die Statuten auf den Kriegszustand zu, legten angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit mehr Gewicht auf die Sicherung der Arbeitslosen- und weniger Gewicht auf die Kranken- und sonstige Unterstützungen. Außerdem kam es vor allem in vielen Städten zu erfreulichen Maßnahmen gegen die durch Arbeitslosigkeit erzeugte Not. Jedoch bald setzte in der Industrie die Neuorientierung ein. Vielfach wandten sich die Betriebe der Kriegsindustrie zu. Das brachte neue Arbeitsgelegenheit; die Arbeitslosigkeit nahm ab und schließlich kam es zu fast normalen Zuständen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes. Die Gewerkschaften konnten ihre Notmaßnahmen vielfach rückgängig machen und heute gilt als sicher, daß sie diesen Krieg ohne besonders große Schwächung überstehen werden.

Nun heißt es aber den Blick auf die Zukunft zu richten und unsere Gewerkschaften vorzubereiten auf all die wichtigen Aufgaben, die ihrer nach Friedens Eintritt harren. Wir dürfen uns dann keinesfalls von der Entwicklung überraschen lassen, obwohl diese selbst in vieler Beziehung vom Verlauf des Weltkrieges abhängig sein wird. Wir sehen, daß die Ententemächte schon jetzt zum Wirtschaftskrieg gegen die entropäischen Mittelmächte rufen. Die Pariser Konferenz bedeutete nicht andres als den Kampf der Ententestaaten unter Vorantritt Englands gegen die wirtschaftliche Entwicklung der Mittelmächte, vornehmlich Deutschlands. Und daran sind auch die Arbeiter interessiert. Wir wissen, daß Deutschland seit den letzten vierzig Jahren eine ungeheuer starke, wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht hat. Die Zahlen der Produktion und besonders des Außenhandels liegen ganz gewaltig. Das bisher bevorzugte englische Fabrikat wurde abgelöst durch Made in Germany. Vor allem charakteristisch war für die steigende industrielle Entwicklung Deutschlands dessen zunehmender Handelsverkehr mit dem Auslande. Deutschland (und Oesterreich) ist vielfach auf den Rohstoffbezug aus andern Ländern angewiesen. Die Entwicklung ging so weit, daß vor dem Kriege die jährliche Einfuhr nach Deutschland auf 10 Milliarden Mark anstiege. Eine solche große Jahresausgabe für ausländische Rohstoffe muß natürlich auf andre Weise ausgeglichen werden. Für die Ausfuhr kommt in Deutschland in nennenswerter Weise als Rohstoff nur Kaoli in Betracht. Deshalb kam es zur Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten, ein Teil der eingeführten Rohstoffe wanderte als Industriematerial aus Kupfer, Holz, Eisen, Wolle wieder ins Ausland zurück. So steigerte sich der deutsche Export auf jährlich rund 10 Milliarden. Die deutsche Konkurrenz siegte auf fast allen Gebieten. Die Grundlage zu dieser überlegenen deutschen Industrietätigkeit boten die allgemeine Volksschulbildung, die Hochschulen, Polytechniken, die glückliche Verbindung und das Zusammenarbeiten von Wissenschaft und Wirtschaftsleben, die vor allem in der chemischen Industrie glänzende Erfolge zeitigte. Nicht zuletzt waren es auch die Arbeiterorganisationen, die höhere Löhne forderten und durchsetzten und dadurch in indirekter Weise die Industrie anspornten, durch stärkere technische Verbesserung der Produktionsmittel die Mehrerzeugung an Arbeitslohn auszugleichen und dadurch ihre Industrie immer mehr auszubauen und wettbewerbsfähiger zu gestalten.

Diese Erfolge der deutschen Geschäftswelt erregten natürlich den Neid und die Feindschaft des ausländischen Kapitalismus. Deutschland begünstigte sich nicht nur mit der Hebung seiner Industrie im eigenen Lande, das deutsche Kapital ging vielfach selbst ins Ausland, baute dort große Industrieanlagen und konkurrierte so in direkter Form mit der ausländischen Industrie. Deutsche Banken errichteten im Auslande Filialen und industrialisierten die betreffenden Länder. Die Industrie Italiens und Rumaniens ist in der Hauptsache auf diese Weise entstanden. So kam es zu einer allgemeinen kapitalistischen Furcht vor einer industriellen Welt Herrschaft Deutschlands und dies ist auch der eigentliche Grund dieses Weltkrieges. Trübt ist es, irgendeiner Regierung die „Schuld“ an diesem Kriege beizumessen oder — wie schon gesehen — die Landesregierungen in „gute“ und „böse“ einzuteilen. Die Regierungen sind heute überall die Sachwalter der Kapitalisteninteressen ihres Landes; alle ihre Maßnahmen und Entschlüsse richten sich nach diesem Prinzip. In Ansehung dieser nichtsterben Tatsache sollte jeder zu der Erkenntnis kommen, daß nicht die Regierungen, sondern die wirtschaftlich kapitalistischen Interessen, deren profitable Vertretung und Ausbreitung auch die Politik jedes Landes bestimmen. Jede andre Auffassung ist unwissenschaftlich und man muß sich wundern, daß heute ernst zu nehmende Volkswirtschaftler und wissenschaftliche Theoretiker der „Erkenntnis“ Raum geben möchten, diese oder jene Regierung träge die Hauptschuld an dem Ausbruch des Weltkrieges. Nein, nicht Personen machen die Geschichte, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse, die ökonomische Entwicklung. So hieß es früher bei Marx. Wir haben keine Ursache, von dieser Erkenntnis abzugehen.

Wir sehen ja auch, daß dieser Krieg, der militärisch noch immer unentschieden hin- und herschwankt, immerhin schon jetzt der Beispiele in Mitleid und Mitleid bietet, um die Ursachen dieses Weltkrieges klar aufzuzeigen. Alle Maßnahmen der Ententemächte richten sich neben den militärischen Operationen gegen die Wirtschaftsentwicklung Mitteleuropas und suchen diese mit allen Mitteln zu stören, zu unterbinden. Die Hungerblockade, die Abschneidung jeder Einfuhr, das Verbot des Handels mit Personen, Gesellschaften und Handelskäufern, die durchsind oder deutschem Einfluß unterliegen, die Ablehnung von Zollvereinfachungsklauseln für die Mittelmächte, die Schaffung von gegenseitigen Ausgleichsmärkten für die Ententeländer, der angelegte Zollkrieg gegen die Einfuhr deutscher Produkte — all dies und manches andre deutet in klarer Schärfe darauf hin, daß es sich in diesem Kriege darum handelt, die deutsche Industrie und Konkurrenz für alle Zeiten lahmzulegen und auszu-
schalten. Das ist das Kriegsziel der Ententekapitalisten.

Nun ist es allerdings sehr fraglich, ob dieser Plan gelingen wird. Zunächst unterliegt auch hier die Entscheidung der Waffen-
gewalt und andererseits stehen der Vermittlung dieser schonen Pläne noch andre und ganz natürliche Hindernisse entgegen. So ist in England immer noch der Freihandel populär, ferner wird England auch nach dem Kriege dieser deutscher Salzfabrikate bedürftig, Italien hat starke Ausfuhrinteressen nach Deutschland in Seide und Obst, Russlands Ausfuhrinteressen nach Deutschland in Holz, Getreide usw. ist ganz besonders groß. Für alle diese Interessen „Ausgleichsmärkte“ schaffen zu können, erscheint außerordentlich fraglich. Jedenfalls aber zeigen diese Pläne zur Genüge den ernstesten Willen, Deutschland und die mit ihm verbündeten Länder auch industriell niederzurufen. Die deutsche Konkurrenz soll verschwinden. Jedenfalls haben die Gewerkschaften alle Ursache, dieser Entwicklung ihr volles Augenmerk zuzuwenden. Das Schicksal der deutschen Industrie ist auch das der deutschen Arbeiter.

Der Verwaltungsbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für 1915.

I.
Wie in den Berichten der Vauengewerkschaften, so kommt das Dankverleihen der Industrie der Steine und Erden auch in den Berichten der Steinbruchsberufsgenossenschaft unabweisbar zum Ausdruck. Schon in dem Bericht für 1914 wurde hier gesagt: „Der Krieg hat die Einstellung oder Stilllegung einer

großen Zahl meist kleiner, aber auch mittlerer und großer Betriebe gezeitigt, teils weil die Unternehmer zum Seeresdienst einberufen wurden, teils weil die Unternehmer zum Heeresdienst einberufen wurden, teils weil es an Arbeitern oder Aufträgen fehlte. Insbesondere wurden solche Betriebe in Mitleidenschaft gezogen, die für das Baugewerbe tätig sind oder von ihm abhängen, wie Kunststeinbetriebe, Zementfabriken, die Sandstein-, Kalkstein- und Granitbetriebe, die Dachziegelbetriebe, die Kies- und Sandgruben, die Baggereien usw. Diesen Betriebsbeschränkungen gegenüber hat ein nennenswerter Ausgleich durch eine Tätigkeit für Heereslieferungen nicht stattgefunden.“ Die traurige Geschäftslage der Steinindustrie ist auch zu erkennen in der Abnahme der Betriebe und aus dem außerordentlichen Rückgang in der Zahl der Vollarbeiter und der ausgezahlten Lohnsumme an die beschäftigten Personen. Nach den amtlichen Zahlen und nach den Berichten der Steinbruchsberufsgenossenschaft betrug die Zahl der versicherungspflichtigen Betriebe 1913: 11 761, 1914: 11 447 und 1915: 10 892. Die Zahl der Vollarbeiter betrug 1913: 171 492, 1914: 136 800 und 1915: 79 334.

Durch den Rückgang der Vollarbeiter ergibt sich auch die Abnahme der zu den Beitragsleistungen rechenermäßig in Frage kommenden Lohnsummen und damit die ungünstige finanzielle Lage der Berufsgenossenschaft. In dem letzten Friedensjahre 1913 betrug die Lohnsumme 203 Mill. Mark; in dem halben Kriegsjahre 1914: 159 700 000 Mk. und in dem Jahr 1915: 94 209 891 Mk. Die Kosten der Unfallversicherung, die diese Löhne tragen müssen, sind dagegen nicht entsprechend gefallen. Während im Jahre 1914 der Vollarbeiterbeitrag 48 800 000 Mk., also über 31 Prozent, darstellte, ergab sich für 1915 gegenüber 1913 ein Minus von 108 790 139 Mk., also über 58 Prozent der Lohnsumme; das sind in den zwei letzten Jahren insgesamt 152 000 139 Mk. weniger. Dieser Lohnabnahme stand aber 1914 keine Abnahme, sondern eine Zunahme der Ausgabe von 118 079,28 Mk. gegenüber, so daß bei einem Umlagefuß von 5 048 508,06 Mk. der auf 1000 Mk. Lohnsumme ergebende Durchschnittsbeitrag sich von 24,22 Mk. für 1913 auf 31,62 Mk. für 1914 erhöht haben würde. Bei den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen der in der Genossenschaft vereinigten Gewerke wäre eine solche Beitragssteigerung besonders für die kleinen und mittleren Betriebe wohl nicht durchführbar gewesen. Mit Zustimmung des Reichsversicherungsamts hat deshalb der Genossenschaftsvorstand mit Hilfe der Rücklage (der Reserve) durch Anleihe oder Vorsehung der Wertpapiere Mittel beschaffen müssen und dadurch ermöglicht, daß der vorjährige Durchschnittsbeitrag von 24,22 Mk. nicht überschritten wurde. In ähnlicher Art wurde auch für das Jahr 1915 für den zu bedenkenden Bedarf der Umlage von 3 997 284 Mark 35 Pfg. verfahren. Diesen Anforderungen entsprechend mußten für 1914 durch Bankdarlehen 1 181 808,17 Mk. und für 1915 1 715 521,52 Mk. flüssig gemacht werden.

Um die Tätigkeit in den Betrieben wieder zu heben, erwuchs der Verwaltung der Berufsgenossenschaft 1915 noch eine besondere Aufgabe aus der Vermittlung der Freigabe der durch die Heeresverwaltung seit dem 31. Juli 1915 beschlagnahmten Sprengmittel. Auf Anregung des zuständigen Regierungskommissars wurde im August 1915 der Beschluß gefaßt, im Interesse der in Frage kommenden Betriebe die Arbeiten zur Herbeiführung der Erlaubnis zum Verbrauch der benötigten Sprengmittel zu übernehmen. Die Verbrauchserlaubnis wird nicht nur für alle bei der Steinbruchsberufsgenossenschaft versicherten Betriebe, sondern auch für andre Betriebe vermittelt, die ihrer Natur nach auf Grund der Stellung in der Steinbruchsberufsgenossenschaft vereinigten Betriebe ähnlich sind. Die Vermittlungstätigkeit begann vom 1. Oktober 1915 und ist für durchschnittlich etwa 1200 Unternehmer erwirkt worden.

Die Zahl der im Jahre 1915 gemeldeten Unfälle beläuft sich auf 6764 (11 243), die der erstmalig entschädigten auf 1172 (2126). (Die hier eingeklammerten Zahlen gelten für das Jahr 1914.) Von den entschädigten Unfällen sind 136 tödlich Verletzte, und von den übrigen Verletzten sind 18 völlig dauernd Erwerbsunfähige, 320 teilweise dauernd Erwerbsunfähige und 688 haben eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit davongetragen. Die Unfälle bei den Steinbruchsbetrieben sind nach den amtlichen und den Zahlen der Berufsgenossenschaft im Laufe der Jahre ganz beträchtlich gestiegen. Im Jahre 1897 kamen auf je 1000 Vollarbeiter schon 47,05 gemeldete Unfälle. Am Ende des Jahres 1907 stand diese Zahl schon auf 68,79 und stieg dann bis 1913 auf 77,31. Für 1914 sind 82,19 und für 1915 85,10 Unfälle auf je 1000 Vollarbeiter zu verzeichnen. Auch die entschädigten Unfälle und die Zahl der tödlich Verletzten zeigen trotz der fortwährenden Entwicklung des Verkehrsverfahrens eine nicht unbeachtete zu lassende fortlaufende Zunahme. 1897 kamen auf je 1000 Vollarbeiter 19,94 dieser Unfälle. Dagegen 10 Jahre später (1907) 15,35 und im weiteren für 1913: 13,35, 1914: 15,34 und für 1915 sind vorläufig 14,77 entschädigte Unfälle festzustellen. Die große Unfallgefährlichkeit der Steinbruchsbetriebe zeigt sich besonders durch die überaus hohe Zahl der tödlich Verletzten, die den Bergwerksbetrieben sehr nahe kommt. Im Jahre 1897 kamen auf je 1000 Vollarbeiter 1,75, 1898: 1,78, 1899: 1,72 und 1900: 1,73 tödlich Verletzte. Von diesem Jahr bis zum Schluß des Jahres 1906 fiel dann die Zahl bis auf 1,30, um dann in den folgenden Jahren wieder zu steigen, und zwar für 1910: 1,47, 1911: 1,48, 1912: 1,52, 1913: 1,60, 1914: 1,59 und für 1915 auf 1,54 tödlich Verletzte.

Die Fürsorge für 439 Verletzte (1058) innerhalb der ersten 13 Wochen erforderte einen Aufwand von 33 679,79 Mk. (59 847 Mk. 24 Pfg.). Von ihnen wurden 114 vor und 55 nach Ablauf der 13. Woche als geheilt entlassen. Die Behandlungskosten gehören eine Ueberpflicht über die Art der Verletzungen: 87 waren Brüche der großen Händergelenke, Oberarm, Vorderarm, Oberhüft- und Unterhüftgelenke (211), 47 waren Brüche der Lend- und Kreuzgelenke, der Grundriehen der Finger und der Mittelhand- und Mittelfingerknochen (111), 5 waren Verletzungen und Verbrühungen (14). Ausrichtungen, Verbändlungen und Querschnitten der Gelenke waren 83 (192), Verletzungen der inneren Organe, der Nervenzustände und Sehnen waren 22 (49), Infektionen 2 (3), Brandverletzungen 5 (8) und Ungeheure Verletzungen waren 27 (179). Die große Zahl der letzteren Verletzungen verdienen im Besonderen eine besondere Erwähnung, da sie die Anwendung der chirurgischen Steinmaterial zu fördern, wird von der Berufsgenossenschaft aber auch verlangt werden müssen, daß sie unabweisbar darauf hinwirken, eine Verbesserung dieser Steinbruchsbetriebe herbeizuführen. Neben der Unfallversicherung als Versicherung der Arbeiter ist hier noch die große Unfallversicherung der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter, die nur ihre Ursache in der Rückzahlung der Verletzten

